

Verbands-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Lncher und Weisbinder

Nr. 42

Hamburg, den 19. Oktober 1918

Hamburg, den 19. Oktober 1918

32. Jahrg.

32. Jahrg.

Auf neuen Bahnen.

Das deutsche Volk erlebt seine schicksalsschwersten Stunden.

Im Westen sucht die Entente den Entscheidungskampf herbeizuführen. Seit Wochen tobt dort der gewaltigste Kampf, in dem um Deutschlands Leben und Zukunft gerungen wird. Bulgarien ist aus dem Viererband ausgeschieden; die russische Armee hat eine schwere Niederlage erlitten; in Oesterreich-Ungarn ist die Lage gleichfalls sehr ernst. Diese Situation mußte erst eintreten, bis sich die herrschende Klasse beranast sah, Umkehr zu halten. Der Reichstanzler Hertling ist zurückgetreten und an seine Stelle als Kanzler der Prinz Max von Baden mit der Bildung einer neuen Regierung betraut worden, die sich aus den Vertretern der Mehrheitsparteien des Reichstages zusammensetzt. Außerdem sollen tiefgreifende Aenderungen in höchsten und hohen Reichs- und Staatsamtern eintreten. Darin dokumentiert sich eine politische Umwlung von großer Tragweite. Das alte, autokratische Regierungssystem, das sich auf die Bevorzugung einer kleinen Klasse bei der Besetzung der wichtigsten Regierungsstellen stützte, ist zusammengebrochen. Die Not des Landes zwingt nun endlich die Anhänger des Alten, die ungeheure Arbeit des demokratischen Auf- und Ausbaues unseres Staatswesens überlassen, die das Vertrauen der weten Volksmassen genießen.

Eine große Verantwortung ruht nun auf diesen Männern, die bisher vorgeblieh an die maßgebenden Kreise appelliert haben, dem Volkswillenden und den tatsächlichen Lebensverhältnissen offen und ehrlich Rechnung zu tragen. In immer neuen Versprechungen haben es wohl die Herrschenden nicht fehlen lassen, aber keine Taten folgten. Braucht man sich da noch zu wundern, wenn bei der stndigen Miberwchtigung der noch innerpolitischen Freiheit drängenden Volksforderungen — die Verschleppung der preussischen Wahlrechtsreform ist kennzeichnend — die Stimmung bei den unter Nahrungsmangel und Wucher schwer leidenden Volksmassen immer tiefer herabgedrückt wurde.

Wir hochdruck will nun die neue Regierung in der zwiften Stunde das Versaunte nachholen, der Demokratie, der Freiheit und dem gleichen Recht die Wege ebnen. Sie bekömmt sich, wie Prinz Max von Baden am 5. Oktober im Reichstage verkündete, bedingungslos zur Friedensresolution des Reichstages vom 19. Juli 1917 und ist unumwunden bereit, sich dem zu erachtenden allgemeinen Völkerbund auf Grund der Gleichberechtigung aller anzuschließen. Sie erklärt sich für die schnelle und restlose Erfüllung des demokratischen Wahlrechts in Preußen; sie will das gleiche Recht für alle deutschen Bundesstaaten mit Einschluß Elsaß-Lothringens, dem volles Selbstbestimmungsrecht gewährt werden soll. Die Klagen über die Handhabung des Belagerungsstandes, die trennend und verbitternd gewirkt und die freundliche Mitarbeit an den schweren Aufgaben der Kriegszeit gehemmt haben, sollen auf den Gebieten der Zensur, des Vereins- und Versammlungswesens dadurch abgestellt werden, daß die Gesichtspunkte der zivilen Verwaltungsbehörden maßgebend zur Geltung kommen und die Entscheidung letzten Endes unter die Verantwortlichkeit des Reichstanzlers gestellt wird. Ein Reichsarbeitsamt für die sozialpolitischen Angelegenheiten wird errichtet und seine Führung in die Hände des zweiten Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gelegt. Die Lösung der belgischen Frage steht die neue Regierung in der völligen Wiederherstellung des Landes, die bisher geschlossenen Friedensverträge von Brest-Litowsk und Vafareit sollen kein Hindernis für den allgemeinen Friedensschluß sein. Ferner wird für die Friedensverträge die Aufnahme von Bestimmungen über Arbeiterschutz und Sozialversicherung angekündigt.

Damit beginnt die inneren Geschichte eine neue Epoche. Der Reichstanzler hat sich rückhaltlos zu dem obigen Programm bekömmt und zu seinen Mitarbeitern die

führenden Männer der Reichstagsmehrheit gewählt, darunter auch die Vertreter der Arbeiterklasse. Das Bedeutsamste aber für uns ist, daß die neue Regierung dem Präsidenten Wilson eine Friedensnote übermittelte, worin sie um sofortigen Abschluß eines allgemeinen Waffenstillstandes und um Friedensverhandlungen auf der Grundlage der Vlkschaften dieses Präsidenten ersuchte. Somit steht die Welt in ungeheurer Spannung vor der Entscheidung eines Mannes, dem das Schicksal eines großen Volkes in die Hand gegeben ist. Das ist gewiß schmerzhaft für jeden in unserm Volke, daß eine so verhängnisvolle Stunde kommen mußte. Stets sind unsere Vertreter in den Parlamenten für einen Verhandlungsfrieden eingetreten, doch Uebersttzung der eigenen Kräfte und die Verleumdung der Kräfte der gegnerischen Seite ließen es nicht dazu kommen. Nunmehr dürfen wir uns keiner Täuschung mehr hingeben, daß die Erreichung des Friedens für uns schwere Opfer fordert. Damit muß unsorsetzbar gerechnet werden, wenn weiteres Weitergehen einwillig verhindert, freie Bahn zum Aufbau und Vorwrtstreben eröffnet werden soll.

Bei Niederschrift dieser Zeilen löst sich noch nicht ersehen, ob der bedeutsame Friedensschritt der neuen deutschen Regierung Erfolg haben wird. Die vom Präsidenten Wilson eingegangene Antwort ist zunächst nur eine Anfrage, auf die, wie erklärt wird, eine präzise Antwort folgen soll. Doch wir rechnen damit, daß der Frieden auf dem Wege ist. Ihn wünschen nicht nur das deutsche Volk und seine Verbündeten, sondern alle andern Völker in gleichem Maße herbei; darum wird die jetzt in Gang gekommene Bewegung für Beendigung des unheilvollen Vlkerkrieges keine Regierung mehr aufhalten vermögen.

Hinter dem neuen Friedensangebot steht die große Masse des deutschen Volkes, das einen gerechten Frieden erwartet. Zu der neuen Regierung, die in so bitterer Stunde die Leitung der Staatsgeschäfte auf sich genommen, dürfen wir aber auch das Vertrauen haben, daß sie ihre ganze Kräfte einsetzen wird, diesen unseligen Krieg baldigst zu einem erträglichen Ende zu führen, so daß eine wirkliche Völkerversöhnung und der ersehnte allgemeine Völkerbund folgen wird, unter dessen Schutz die gesamte Menschheit einem glücklicheren, humanen Zeitalter entgegensteht. Als selbstverständlich sehen wir voraus, daß auf der beschrittenen Bahn zu einem demokratischen Volksstaat mit Energie fortgeführt wird; es muß auf innerpolitischem Gebiete nun auch ganze Arbeit geleistet werden. Deutschland muß zu einem wirklichen Volksstaat ausgebaut werden, in dem alle Schichten des Volkes gleichberechtigt sind, keine Vorrechte zugunsten einer bestimmten Klasse dürfen mehr in Kraft bleiben. Freiheit und Gerechtigkeit, diesem Ziele des Volkes ist unwiderrufflich statzuzugeben. Diese gewaltigen Aufgaben sind gewiß nicht mit einem Schlag durchzuführen, das wissen auch die Arbeitermassen. Höchst notwendig bei der Erstrebung dieser Aufgaben ist aber, daß unsere gewerkschaftlichen Organisationen intakt bleiben, um auch den zur Regierung berufenen Männern der Volksvertretung hilfsbereit zur Seite stehen zu können. Denn die Feinde der Demokratie werden nicht mit verchrnkten Armen diesem gewaltigen Umbau der bisherigen Klassenherrschaft zusehen, sondern alle Hebel ansetzen, der neuen Regierung Schwierigkeiten in den Weg zu legen.

Darum heißt es jetzt: Einig und geschlossen dastehen! Wie bei Beginn des Kampfes die Massen in geordneten Reihen standen, so muß sich auch, wenn der Ruf zum Abbruch des Kampfes rgelt, alles in geschlossenen Reihen vollziehen. Auch an unsere Kollegen richten wir die dringende Mahnung: Schlieet enger die Reihen, tretet bis auf den letzten Berufs-genossen dem Verbands bei, den Blick vorwärts gerichtet. Seid nicht kleinmutig in der schwersten Stunde der Gefahr, die beginnende neue Zeit im Leben der Völker soll unsere Arbeiterklasse stark und sich selbst bewußt auf dem Posten sehen!

Zu unserer Teuerungszulagenbewegung.

In Nummer 30 des „Verbands-Anzeiger“ berichteten wir über den erneuten Schritt der Vorstände unserer Wohlfahrtsverbände zur Erreichung einer weiteren Teuerungszulage. Im Anschluß an das damals abgedruckte Schreiben vom 19. September an die drei Arbeitgeberverbände und an das Reichswirtschaftsamt haben wir dann am 27. September diesen Stellen unsere nach Verständigung mit den übrigen Wohlfahrtsorganisationen und unsern Bezirksverbnden zustande gekommenen Anträge zur Verbesserung der Lohnverhältnisse übermittelt. — Diese lauten wie folgt:

1. Die nach dem bestehenden Tarifvertrag geltenden Löhne und Teuerungszulagen werden in Städten oder Lohngebieten mit mehr als 100 000 Einwohnern um 80 % in übrigen um 25 % für jede geleistete Arbeitsstunde erhöht.
2. In Städten mit ausgebreiteter Kriegsindustrie oder mit teuren Lebensverhältnissen und dort, wo in benachbarten groeren Lohngebieten oder für andere gleichartige Berufsklassen höhere Löhne bestehen, wird den Verbänden der Arbeitgeber anheimgegeben, eine höhere Teuerungszulage zu gewähren.

Wir glauben diesmal, wo es sich nicht um Verhandlungen beim Ablauf einer bestimmten Vereinbarung oder der bestehenden Tarifverträge handelt, unsere Forderungen in die knappste Form kleiden, und Fragen, die etwa zu groeren prinzipiellen Auseinandersetzungen führen könnten, ausscheiden zu sollen. Die vorgeschlagene Lohnerhhung aber an sich bewegt sich in Grenzen, die aus vielerlei Gründen eingehalten werden müssen. Andernfalls würde von einem der Wirklichkeit auch nur einigermaßen nachkommenden Ausgleich der bestehenden und ständig weiter wachsenden Teuerung keine Rede sein, und ferner würden die allseitig davon zu erhoffenden segensreichen sozialen und beruflichen Auswirkungen auf unser Gewerbe zum ganz besonderen Schaden der Arbeitgeber ausbleiben. Daß nicht ein mechanisch alles über einen Stamm geschoren werde, also in Städten beziehungsweise Lohngebieten mit besonders gearteten Verhältnissen höhere Zulagen gewährt werden sollen, ist in Ziffer 2 unserer Vorschlagsausgabe drücklich.

In der Zwischenzeit stellen wir durch das Reichswirtschaftsamt fest, daß sich der Arbeitgeberverband bis etwa 15. Oktober näher äußern will, und wir nehmen an, daß dies dann auch durch den Bund der Dekorationsmaler und den Westdeutschen Malermeisterverband geschehen ist, der uns schon mitteilt, daß er zu unsern Anträgen auf einem in dieser Woche stattfindenden Verbandstage Stellung nehmen wird. Hierauf soll der für die letzten Tage im Oktober oder für die ersten Tage im November in Aussicht genommene Verhandlungstermin festgesetzt werden.

An diesem Zeitpunkt muß unbedingt festgehalten werden, und es wird von uns alles geschehen, damit keine Verzögerung eintritt. Die Zeit ist zu ernst, und die Lasten, die unsern Kollegen in fortgesetzt steigendem Maße auferlegt werden, sind zu unerträglich, als daß noch weitere Zeit verstreichen darf, bis auch ihren nur allzu berechtigten Anträgen Rechnung getragen worden ist.

Von der Presse der Arbeitgeber hat bisher die „Verliner Malerzeitung“ eine von der „Allgemeinen Malerzeitung“ und dem Organ des Bundes der Dekorationsmaler nachgedruckte Notiz über die Angelegenheit gebracht, in der es unter anderem heißt, daß, nachdem im Baugewerbe eine vierte Teuerungszulage festgelegt sei, und auch das Holzgewerbe mit bedeutend höheren Teuerungszulagen als das Malergewerbe zu rechnen habe, nunmehr auch die wenigen in Arbeit stehenden Malergehilfen ihrerseits versuchen, einen verteuerten Lebensverhältnissen entsprechende Entschädigung zu erhalten. — In der „Sächsischen Malerztg.“ wird unser Artikel aus Nr. 39 und im Organ des Bauverbandes Süddeutschland werden unser Schreiben vom 19. September und die oben wiedergegebenen Anträge abgedruckt.

Die freie Wirtschaft als Rettungsanker.

Es ist zu einem allgemein geliebten Brauch geworden, die Kriegswirtschaft in Grund und Boden zu verdommern. Unter Aufschrei aller der Schwertträger, die eine vernünftige und gerechte Regelung unseres so vielfältigen und verwinkelten Wirtschaftslebens erschweren, macht man das System an sich für die Schäden und Mängel unserer Volkswirtschaft verantwortlich. Man bedenkst gar nicht, was es heißt, ein großes Millionenvolk, das rings vom Auslande abgesperrt ist, durch die Waren der Kriegszettel hindurch über Wasser zu halten, und man denkt gar nicht daran, daß sich unter der Herrschaft der freien Wirtschaft die Verhältnisse noch viel schlimmer gestalten würden. Es zeigt sich hier mal wieder, daß die allermeisten Menschen allzu leicht geneigt sind, die guten und nützlichen Seiten eines Systems zu übersehen, während sie für die schlechte Seite ein überaus scharfes Auge haben. Wenn dies nicht der Fall wäre, ließe sich kaum verstehen, wie man dazu kommt, der Kriegswirtschaft alle jene Auswüchse in die Schuhe zu schieben, die sich heutzutage bemerkbar machen. Liegt es vielleicht im Wesen der Kriegswirtschaft, daß manche Bauern ihre Erzeugnisse zurückhalten und nur gegen hohe Preise abgeben, daß alle Schichten der Bevölkerung nie wohnungsfähig darauf los hausern, daß die Schlechtwälder und Wälder ihre Lämmer treiben? Will man etwa den „Kriegssozialismus“ dafür verantwortlich machen, daß Erwerbstätige und Selbsttätige alle Schranken überrennen, daß sie das eigene Interesse in den Vordergrund drängen und das Allgemeinwohl mit Füßen treten?

Am Grunde genommen können nur denkmächtige Menschen im Ernst der Meinung sein, daß das System Schuld trage an den gegenwärtigen trostlosen Zuständen. Die meisten jener Leute, die an der Kriegswirtschaft kein gutes Haar lassen, verfolgen dabei die Absicht, für die freie Wirtschaft, von der sie persönliche Vorteile erwarten, Mehl aus dem Glend herausbringen, so lauten Anfang und Ende ihrer Weisheit:

„Nicht im Zwange des Staatssozialismus, sondern in der freien, auf Selbstverantwortung ruhenden Arbeitseinstellung der Einzelpersonlichkeiten liegt die Vorbedingung für eine günstige, aufsteigende Entwicklung unseres Wirtschaftslebens. Einzelwirtschaft, nicht Gemeinwirtschaft, ist die Wirtschaftsform, die unsere infolge des Krieges aus tausend Wunden blutende Volkswirtschaft gesund machen und zu einer Blüte führen kann, die die durch den Krieg verursachten Schäden auszumerzen und die dem Volk auferlegten Lasten zu tragen und ermöglicht. Die eigentümlichen Kriegsverhältnisse bedingen es, daß in der Zeit des Krieges den Behörden ein gewisses Aufsichtsrecht in unserem Wirtschaftsleben zusteht; aber sie sollen sich auch tatsächlich auf die Aufsicht beschränken; kein ständiges Eingreifen und Reglementieren — das ist vom Uebel — führt zu Mißgunstungen, zu Unlust in Produktion und Verteilung; die Folge ist eine Abnahme der Waren schon knapp zur Verfügung stehenden Vorräte an Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsgegenständen, also genau das Gegenteil von dem, was erzielt werden sollte und erreicht werden möchte.“

Man will also, daß der Staat die Entwicklung der Verhältnisse nur von außen ansehen soll wie ein Schutzherr das Straßengewühl, daß er aber im übrigen alles seinen Weg gehen lassen will.

Glücklicherweise ist gar nicht daran zu denken, daß der Staat diesem Ratsschlage Folge leisten wird; denn er würde in sein eigenes Verderben rennen, und somit haben die Vorkämpfer der freien Wirtschaft keine Verantwortung zu tragen. Sollte aber wider Erwarten die Wirtschaftsfreiheit proklamiert werden, so würde ein Kampf aller gegen alle ausbrechen, in dem die wirtschaftlich Schwachen böse unter den Schlitzen gerieten. Die Erfahrungen der ersten Jahrzehnte des Kapitalismus haben uns gelehrt, wozu die kapitalistische Raubtierfreiheit die Unterjochten gebracht hat. Die denkenden Verbraucher haben wahrlich keine Lust, noch einmal solche Erfahrungen durchzumachen. Sie erblicken nun einmal in der organisierten, nicht in der freien Wirtschaft den Rettungsanker.

Der neue Mieterschutz.

Unter dem Druck der Verhältnisse ist die Reichsregierung nunmehr vor kurzem durch zwei „Bekanntmachungen“ des Bundesrates und eine „Aenderung“ des Reichsanwaltergesetzes vom 23. September dieses Jahres zu einer wesentlichen Fortbildung des bisherigen Mieterschutzes und zu einschneidenden Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel gezwungen. Die Tagespresse hat zwar wohl durchweg schon kurz über diese Maßnahmen berichtet, die Bedeutung der Sache rechtfertigt aber doch eine etwas eingehendere Betrachtung.

Bisher bestand auf Grund der Mieterschutzverordnung des Bundesrates vom 20. Juli vorigen Jahres bekanntlich die Möglichkeit, daß der Mieter, falls ihm der Hausbesitzer kündigte, namentlich also bei Mietersteigerungen, das Mietverhältnis kündigen konnte, das die Kündigung aufheben und eine zu hohe Mieterforderung angemessen herabsetzen konnte. Aber dieser Mieterschutz hatte empfindliche Lücken und Mängel, und diese sind nun durch die erste der oben genannten Bekanntmachungen, die „Bekanntmachung zum Schutze der Mieter“, größtenteils beseitigt worden. Allgemein können nunmehr die Mietverhältnisse nicht nur nach erfolgter Kündigung, sondern auch bei kündigungslos ablaufenden Mietverträgen vom Mieter angetastet werden. Zum Schutze des Hausbesitzers andererseits ist jetzt bestimmt worden, daß die einschlägigen Entscheidungen der Mietverhältnisse nicht mehr auf eine Frist bis zu einem Jahre beschränkt dürfen. Das Mietverhältnis kann nunmehr auch dem Mieter die Erlaubnis zur Weitervermietung erteilen, wenn der Hausbesitzer sie grundlos verweigert. Zu diesen allgemeinen Bestimmungen treten aber noch besondere und besonders einschneidende für diejenigen Gemeinden, in denen sich ein besonders starker Mangel an Wohnungen geltend macht. Dort kann die Landeszentralbehörde nämlich in Zukunft die Gemeindebehörden ermächtigen oder auch verpflichten, eine Anzeigepflicht des Hauseigentümers einzuführen für den Fall, daß er an einen neuen Mieter zu höherem Mietpreise, als die Wohnung

bisher vermietet war, vermietet; zugleich kann die Gemeindebehörde ermächtigt werden, im Fall, daß diese neue Miete zu hoch ist, das Mietverhältnis anzufassen, um die Miete auf die angemessene Höhe herabzusetzen. Ebenso kann die Landeszentralbehörde diesen Gemeinden auch die Befugnis erteilen, die Kündigung von Wohnungen und den Ablauf kündigungslos ablaufender Mietverträge an die vorherige Genehmigung des Mietverhältnisses zu binden. Es wird also in diesen sogenannten Volkswirtschaftlichen Überwachungs- oder Mietpreisbewegungen gegeben. Weiter trifft die neue Bekanntmachung verstärkte Vorkehrungen dafür, daß die Mietverhältnisse sich in genügender Zahl ankündigen. Bisher konnte nur die Landeszentralbehörde die Gemeinden, die nicht von selber vorgehen, zur Erreichung von Mietverhältnissen anhalten. Nunmehr können die Landeszentralbehörden diese Befugnis auch an andere Behörden übertragen, insbesondere also auch an die Kommunalaufsichtsbehörde, und danach ist wohl zu erwarten, daß die in dem Reich der Mietverhältnisse noch vorhandenen Lücken sich schneller als bisher schließen werden. Auch die oben angeführten besonderen Ermächtigungsbefugnisse für Volkswirtschaftsgemeinden können in die Hand dieser anderen Behörden gelegt werden. — Eine bemerkenswerte Neuerung ist ferner, daß den vor dem Einigungsamt abgeschlossenen Vergleichs- und Vergleichs-Verträgen die gerichtliche Vollstreckbarkeit beigegeben ist, während es bei den Entscheidungen der Mietverhältnisse bei dem bisherigen Rechtszustande kein Bewenden hat. Endlich ist das Verfahren vor den Mietverhältnissen grundsätzlich zwar nach wie vor gebührenfrei, es kann aber in Zukunft im Falle mutwilliger Anrufung des Amtes oder, wenn die Bedeutung der Sache für die Beteiligten es angemessen erscheinen läßt, eine Gebühr erhoben werden.

Während sich so diese erste Bekanntmachung mit dem Mieterschutz beschäftigt, sieht die zweite, die „Bekanntmachung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel“ allerlei Vorkehrungen gegen dieses Uebel vor. Diese Vorkehrungen werden wiederum nur für die schon erwähnten Volkswirtschaftsgemeinden mit ihrem besonders starken Wohnungsmangel getroffen. Die Gemeindebehörden dort sollen hiernach mit staatlicher Ermächtigung den Abbruch von Gebäuden und Gebäudeteilen, ferner die Verwendung von bisherigen Wohnräumen zu andern als Wohnzwecken untersagen können, wenn das Mietverhältnis der Unterzusage zustimmt. Die betreffenden Gemeindebehörden sollen ferner ermächtigt werden können, eine Anzeigepflicht des Verfügungsberechtigten für unbemittelte Wohn-, Geschäfts- oder sonstige Räume anzuordnen; auch sollen dann ihre Beauftragten ein Recht zur Besichtigung dieser unbemittelten Wohnungen usw. und ein Recht, Auskunft zu verlangen, haben. In diese vorbereitenden Maßnahmen schließt sich dann die weitere Ermächtigung an, die den Gemeinden von der Landeszentralbehörde erteilt werden kann, die leeren Wohnungen usw. zwangsweise zu vermieten, auch leere Fabriken, Läden und dergleichen Räume zwangsweise zu Wohnräumen herzurichten. Es wird also auf diese Weise in den Gemeinden mit besonderer Wohnungsnot eine weitgehende behördliche Verfügung zur Verbormung aller irgendwie zum Wohnen geeigneten Räume geschaffen. Endlich sollen über das bisher Angeführte hinaus besondere Befugnisse den Gemeindebehörden noch da erteilt werden können, wo sich infolge besonders starken Mangels an Wohnungen außergewöhnliche Mißstände geltend machen. Damit ist also der gesetzliche Rahmen für weitere etwa dringend notwendig werdende Abhilfemaßnahmen gegeben.

In diese beiden Bekanntmachungen schließt sich dann noch die gleichzeitig erlassene „Anordnung für das Verfahren vor den Einigungsämtern“. Sie bringt nicht viel Neuerungen gegenüber dem bisherigen Zustande. Hervorgehoben sei jedoch, daß in ihr ausdrücklich betont wird, daß das Einigungsamt „in jeder Lage des Verfahrens auf eine gütliche Einigung der Beteiligten hinarbeiten“ soll. Es kommt also auch darin zum Ausdruck, was der preussische Staatskommissar für das Wohnungswesen in einem Erlasse an die Ober- und Regierungspräsidenten zur Erläuterung der Verordnungen geäußert hat, daß die Schwierigkeit der Lage bei der Parteien gewürdigt und ein möglichst gerechter Ausgleich der beiderseitigen Interessen herbeigeführt werden solle.

Uebersieht man das Ganze der jetzt getroffenen Maßnahmen, so ist zu sagen, daß durch sie zwar keineswegs alle Wünsche, die auf Seiten der Wohnungsmieter bestanden, erfüllt werden, daß die Maßnahmen aber doch eine sehr bedeutende Weiterentwicklung des bisherigen Zustandes darstellen. Es wird nun aber viel darauf ankommen, daß die jetzt gesetzlich gewährten Befugnisse da, wo es nötig ist, auch tatkräftig und schnell ausgenutzt werden.

Unkenrufe gegen die Arbeiterkontrollen.

Die jetzt von der Arbeiterschaft mehr betonte Forderung, durch Personen aus ihren Kreisen bei der staatlichen Gewerbeaufsicht und der berufsgenossenschaftlichen Betriebsrevision mitzuwirken, hat die Gegner dieser Reform veranlaßt, mit ihren alten, stark abgenutzten Argumenten wieder vor die Öffentlichkeit zu treten. In einer Abhandlung unter dem Titel „Weibliche Hilfskräfte im Gewerbeaufsichtsdienst“ (in der Zeitschrift „Technik und Wirtschaft“, Heft 6 dieses Jahrganges) tritt uns hier der Gewerbeinspektor Morqner (Chemnitz) entgegen, wozu Einzelheiten nicht unbeachtet bleiben dürfen. Der Herr Gewerbeinspektor als Hochschullehrer ist ganz entschieden gegen eine Anstellung von weiblichen Hilfskräften. Hierzu wird unter anderem ausgeführt: „Die Erfolge, die unsere Unfallversicherung in der verhältnismäßig kurzen Zeit des Bestehens unserer Arbeiterschutzgesetzgebung aufzuweisen vermag, sind ein weiterer, sehr beachtenswerter Beitrag für die Richtigkeit der Behauptung, daß nur Maschinen- und Elektrotechniker und Chemiker eine sichere und erfolgreiche Behandlung der Unfallfragen verbürgen. Zugleich sollten sie eine Warnung sein, von dem bisherigen über alle Maßen bewährten Weg abzuweichen. Zu den Fragen des Arbeiterinnen-schutzes

sei hervorgehoben, daß insbesondere die Maschinen- und vorwiegend weiblicher Bedienung, zum Beispiel der Textilindustrie, des Glaser- und Porzellanhandwerks, der Papierherstellung, der Nahrungsmittelindustrie, der Wappherstellung usw., in Deutschland in ganz vorzüglicher Weise dem Arbeiterinnen-schutz angepaßt sind. Dieser Stand der Dinge ist das Ergebnis einer oft sehr langwierigen gemeinsamen Arbeit von männlichen Betriebsleitern, Maschinenkonstruktoren, intelligenten Arbeitern und Unfalltechnikern. Die in der Praxis nicht völlig gelöst werden können, die Unfallversicherung für Arbeiterinnen können auf Grund sachlicher Arbeitsergebnisse gelöst werden. Noch klarer tritt dieses für den häuslichen Arbeiterschutz zutage, der bereits vor Beginn der Dauten durch die Waplan auf Stand- und Weibeschäftigkeit abgehandelt wird. Eine Ausnahme besteht in der Hinsicht für den Bauarbeiter-schutz während der Waplan, der Waplan, wobei neuerdings die Tragfähigkeit der Gerüste durch Prüfung oder statische Berechnung nachgewiesen werden muß, der ohne praktische und theoretische Erfahrung von Technikern undenkbar und für eine laienhafte Aufsichtsführung völlig unzugänglich ist. — Für die Gewerbeaufsicht ist ein den Aufwendungen nur einigermaßen entsprechendes Ergebnis von weiblichen Hilfskräften noch viel weniger zu erwarten. — Außerdem sollen diese Beamtinnen den Arbeiterinnen Gelegenheit zu einer mündlichen Aussprache über Angelegenheiten der Arbeitsverhältnisse bieten, mit denen letztere sich aus weiblichem Empfinden nicht an den männlichen Aufsichtsbeamten wenden würden. Indes ist auch nach den Jahresberichten dieser Aufsichtsbeamtinnen in dieser Beziehung nur ein geringes Bedürfnis zutage getreten usw.“ Wie aus dieser Abhandlung zu ersehen, ist der Herr gegen eine Mitwirkung der Arbeiter, und besonders nach seiner Meinung, von den weiblichen Hilfskräften keine großen Erwartungen zu haben.

Nach dieser Darstellung leben wir in der besten aller Welten. Die ganze ungeheure gewerbliche Unfall- und Krankheitslast infolge der Schutzunterlassungen und besonders durch eine ungenügende Betriebsaufsicht erscheinen hier als unbekannte Dinge. Daher auch keine Spur der Erkenntnis zu einer dringenden Reform der Gewerbeaufsicht. Den „intelligenten Arbeiter“ als praktische Kraft bei der Schaffung von Schutzmaßnahmen und -vorschriften läßt sich der Herr wohl gefallen, bloß die Beaufsichtigung der Betriebe mit ein Reservat der Hochschullehrer bleiben.

Vor allem hier die wahrzunehmende Geringschätzung gegenüber den praktisch-technischen Kenntnissen und die überaus hohe Meinung von dem theoretisch-technischen Wissen. Es ist der starre und doktrinaire Glaube, der selbst in den Kreisen der höheren Verwaltungsbehörden und der Techniker nicht mehr geteilt wird. Eine Überhöhung der theoretisch-technischen Anforderungen muß auch schließlich bei der Gewerbeaufsicht zu einem Mißerfolg führen. Das höchste technische Wissen muß mit der Praxis bei der Unfallverhütung und der Gewerbeaufsicht Hand in Hand arbeiten. Der Niederschlag dieser gemeinsamen Arbeit ist in den Unfallverhütungsvorschriften und in den behördlichen Schutzmaßnahmen seinen normalberuflichen Ausdruck erhalten. Wenn behördlicherseits bei außergewöhnlichen Bauten für die Standfestigkeit der Gerüste eine statische Berechnung verlangt wird, so ist das begreiflich; für die Durchmittbauarbeiten bestehen für jeden Bauleiter oder Polier Normen, nach denen er erfahrungsmäßig an der Hand der Schutzvorschriften ein zuverlässiges Gerüst bauen kann; hier wirkt eben die Praxis mit. Noch beträchtlich einfacher geben sich diese Einrichtungen in der überproportionalen Zahl anderer Gewerbebetriebe, wo doch für den Arbeiterschutz in erster Linie die Unfallverhütung und behördlichen Schutzvorschriften für die Arbeiter, Betriebsleiter und den Aufsichtsbeamten zum Anhalt zu nehmen sind. Von den Arbeitern wird immer ein gewisses Verständnis von diesen Vorschriften verlangt; daselbe wird man doch bei dem Gewerbeaufsichtsdienst, auch von den in den einzelnen Gewerben oder Berufen praktisch geschulten Arbeiterkontrollen oder Kontrollurteilen (als Gewerbeaufsichtsausschüssen) bestimmt erwarten dürfen. Mehr wird einmal von diesen Kontrollorganen zur Durchführung dieser Bestimmungen nicht verlangt werden können. Im übrigen „wächst der Mensch“ durch Übung und Erfahrung „mit der Größe seiner Aufgaben“.

Bei der Vielfältigkeit der Gewerbe (Industrien usw.) und Gewerbebetriebe werden an die Gewerbeinspektoren nicht unbeträchtliche Anforderungen gestellt, die in Bezug der technischen und praktischen Kenntnisse und der Uebersicht sich unstrittig nicht befriedigen lassen. Wie die Industrie mit der Technik immer mehr zur Spezialproduktion übergeht, so muß sich die Gewerbeaufsicht dieser Entwicklung anpassen und müssen deshalb hierbei mehr Spezialingenieure zur Verwendung kommen. Bei allen Mängeln, welche dem berufsgenossenschaftlichen Aufsichtsdienst anhaften, so ist er aber preislos durch die Spezialisierung der Berufsgenossenschaften nach Gewerben (wie für die chemische Industrie, Elektrizität, Baugewerbe usw.) der staatlichen Gewerbeaufsicht überlegen. Auch der aus der Spezialindustrie hervorgegangene praktisch geschulte Arbeiterkontrollen wird, soweit sein Gewerbe oder seine Industrie in Frage kommt, sich den vielfältigen Gewerbeaufsichtsausschüssen überlegen zeigen. Nach alledem ist deshalb eine Reorganisation des Aufsichtsdienstes erforderlich. Hier wird erst einmal notwendig erscheinen, die einzelnen Industrien und verwandten Gewerbe unter der Berufsgenossenschaft von Wirtschaftsgebieten in nicht allzu große Aufsichtsbereiche einzuteilen, worin dann der leitende Gewerbeinspektor in Verbindung mit den Arbeiterkontrollen die behördlichen Betriebsrevisionen ausübt. Von Interesse ist jedenfalls die Frage: wie groß die Zahl der Arbeiterkontrollen in jedem Aufsichtsbereich sein muß. Das wird sich nach den Erfahrungen und den Anforderungen zu dem Grad der Gefährlichkeit der Gewerbe und nach der Zahl und Größe der Betriebe richten müssen. Gefährliche Betriebe müssen mindestens einmal im Monat revidiert, und außerdem muß von zwei zu zwei Jahren die ganze Betriebsanlage durch eine staatliche Sachverständigenkommission einer prüfenden Besichtigung unterzogen werden. Daselbe trifft selbstverständlich auch für die Berufsgenossenschaften zu, die durch eine dementsprechende Aenderung der Reichsversicherungsordnung (§ 875) verpflichtet werden müssen, erst mal den Bestand ihrer technischen Auf-

Arbeiterkontrollen zu erhöhen. Verfassungskommissionen, die in sich geschlossene Gewerbe- oder Industrieverbände, müssen von Fall zu Fall nach der verhältnismäßigen Zahl der Ursache über gewerblichen Erkrankungen durch das Reichsversicherungsamt zu einer weiteren Anstellung von Arbeiterkontrollen veranlaßt werden können. In diesen Fragen haben die Eingaben des Zentralverbandes der Eisenarbeiter an das Reichsversicherungsamt vom 1. März 1917 und vom Januar 1918 sowie die Eingaben der drei Metallarbeiterverbände vom Mai 1918 an den Reichsversicherungsamt und an den Reichsversicherungsamt wertvolle Arbeit geleistet. Die Eisenarbeitervereine haben in einem Schreiben an den Vorstand des Zentralverbandes die Anstellung einiger Arbeiterkontrollen vorgeschlagen.

Wie in der Sachverständigenkommission der Reichsversicherungsamt vom 1. August 1917 verhandelt wurde, hat der Rat der Stadt Chemnitz zu der ersten Frage der Anstellung von Arbeiterkontrollen in der Eisenindustrie eine Besondere Kommission in der Eisenindustrie ernannt, die das Ergebnis einer Umfrage an eine Zahl führender Städte bekanntgegeben. In Betracht kamen München, Augsburg, Nürnberg, Stuttgart, Pilsen, Bismarck, Ludwigshafen und Wittenberg. Am 1. August waren 18 Fragen gestellt, von hier als die wichtigsten die Fragen 7 und 8 anzusehen. Die Frage 7: Ob sich die Arbeiterkontrollen zur Wahrung der Interessen der Arbeiter in der Eisenindustrie als geeignet erweisen können? Diese Frage wurde von sämtlichen Magistraten mit „Ja“ beantwortet. Die Frage 8: Ob sich Schwierigkeiten aus der Zusammenarbeit der technischen Vorgesetzten, der Arbeiterkontrollen mit den Arbeitern ergeben? Diese Frage wurde von sämtlichen Magistraten verneint. Von Interesse ist noch die Frage 10: Sollen sich Schwierigkeiten bei der Einführung mit den Arbeitgebern ergeben? München äußert sich dahin, daß sich anfangs wohl Schwierigkeiten gezeigt hätten, inzwischen habe sich aber die Sache angeordnet, und die Arbeitgeber sehen jetzt selber ein, daß sie durch diese Arbeiterkontrollen erleichtert würden. Die anderen Magistratsämter sind in derselben Weise aus. Also was will man mehr? Genau so würden sich die Verhältnisse in der Industrie gestalten. Aber wirklich mal angenommen, daß man sich bei der Auswahl der Personen angerechnet hätte, wäre damit eine Unfähigkeit der intelligenten Arbeiterschaft zur amtlichen Verlebensaufsicht bewiesen? Hierzu sei bemerkt, daß bei den übrigen amtlichen Ämtern der staatlichen und Gemeindeführungen bei der Anstellung von Personen derartige Maßstäbe auch sehr oft vorgekommen sind!

Eine andere Frage ist das Verhalten der Unternehmer oder der Betriebsleiter gegenüber den Arbeiterkontrollen. Bei der Aufsichtstätigkeit werden sich Differenzen mit diesen Deuten und sagen wir — auch mit den Arbeitern — oft nicht vermeiden lassen. Aber das wird bei der Tätigkeit der Arbeiterkontrollen nicht allein vorkommen, sondern, wie die Erfahrungen lehren, kann das auch bei den Gewerbetreibenden, der Polizei, den Rechtsanwältinnen, den Dampfmaschinen, den technischen Aufsichtsbearbeitern der Bergbauunternehmen usw. passieren. Das Verbot der politischen Glaubensbekenntnisse des Aufsichtsbearbeiters hat damit gar nichts zu tun, sondern wird in dem Willen eines Teiles der Unternehmer, Betriebsleiter und Arbeiter, sowie vor allem in den Sachunterlassungen der verbotenen Betriebe seine Ursache finden. Im übrigen wird man von jedem Aufsichtsbearbeiter in den Umständen entsprechend entschlossenes und energisches Vorgehen erwarten müssen. Daher sind alle derartigen Einwendungen gegen die Arbeiterkontrollen mit Vorsicht und Sachlichkeit zu prüfen.

Es liegt zweifellos auch im Interesse der Unternehmer, wenn sie einer besseren Einsicht folgenden, sich bereit finden, einer intensiveren und wirkungsvolleren organisierten Gewerbeaufsicht mehr Würdigung und Anerkennung entgegenzubringen. Und das um so mehr, wo die sachtechnische Arbeit ausgefallenen Betriebe, wie bis jetzt oft, für die Unterlassungen anderer Betriebsunternehmer materiell mit einzutreten müssen. Die finanziellen Belastungen einzelner Gewerbe durch das Manövrieren von sachtechnischen Einrichtungen sind vielfach enorm. Ein fortschreitender und gleichartiger Ausbau der Sachunterlassungen in einem Gewerbe über Verufe wird dazu beitragen, diese Ausgaben ganz beträchtlich niedriger zu gestalten und außerdem die Konkurrenzverhältnisse auf einen mehr gesunden Boden zu stellen. Die dringende Anstellung von Arbeiterkontrollen als Gewerbeaufsicht ist deshalb nicht nur eine volkswirtschaftliche, sondern auch eine Sache der höheren Zweckmäßigkeit für den Staat.

Gewerkschaftliches.

Der Metallarbeiterverband im Jahre 1917. Das sechste vom Vorstande dieses Verbandes herausgegebene Jahrbuch unterrichtet in eingehender Weise über die gewaltige Entwicklung, die der deutsche Metallarbeiterverband im Jahre 1917 zurückgelegt hat. Danach hat das dritte Kriegsjahr der größten deutschen Gewerkschaft die höchste Mitgliederzunahme seit ihrem Bestehen gebracht. Die Mitgliederzahl stieg von 247.360 Ende 1916 auf 392.980 am Ende des Jahres 1917, das ist um 145.620 gleich 59 pSt. Die bisher größte Mitgliederzunahme hatte der Verband im Jahre 1910 mit 90.667; sie wurde also durch das Jahr 1917 bei weitem übertroffen. Die Ursachen dieser sprunghaften Entwicklung sind besonders zu suchen in der mit der Durchführung zahlreicher Leuerungen- und Lohnbewegungen verbundenen Werbetätigkeit für die Organisation. Das erfreuliche Wachstum der Organisation ist aber zugleich eine Widerlegung aller jener, die in dem Hilfsdienstgesetz sowie in der von der Verbandsleitung betriebenen Politik in der Kriegszeit ein Hindernis für eine erfolgreiche Entwicklungs- und Betätigungsmöglichkeit für den Verband sahen. Der Bericht betont sogar, daß noch größere Erfolge zu verzeichnen wären, wenn dem Verband für die Bewältigung der Arbeiter mehr Angestellte zur Verfügung gestanden hätten. Die Zahl der zum Militärdienst eingezogenen Verbandsmitglieder betrug noch 320.028, sie hat sich

gegen Ende 1916, an dem 818.847 Mitglieder ihrer Militärpflicht genügen, nur um 1181 gesteigert. Es wird indessen damit gerechnet, daß die Zahl der dem Gewerbeverband angehörenden früheren Mitglieder um einige Zehntausende geringer ist, da sich sicher nicht alle zur Anfertigung von Gewerkschaften Zulassenen beim Verband gemeldet haben. Bemerkenswert ist der starke Zustrom des weiblichen Elements, der allerdings in der verminderten Heranziehung der weiblichen Arbeitskräfte für die Rüstungsindustrie seine Erklärung findet. Am Ende des Berichtsjahres betrug die Zahl der weiblichen Mitglieder 82.009. Das weibliche Element erwies sich allerdings noch als sehr unbeständig hinsichtlich der Organisationszugehörigkeit. Denn dem durch Beitritt erfolgten Zugang von 101.085 steht ein Abgang von 59.180 weiblichen Mitgliedern gegenüber. Jeder mit dem Organisationsleben vertraute Gewerkschafter weiß jedoch, daß die Beständigkeit der weiblichen Organisationszugehörigkeit eine Frage der organisatorischen Erziehung und Durchbildung ist.

Das Jahr 1917 mit seiner wachsenden Leuerung aller Lebens- und Bedarfsartikel war für den Verband aber auch ein Notjahr an Lohnbewegungen. In der Berichtszeit sind zusammen 2581 Bewegungen in 468 Orten und 7485 Betrieben mit 1.920.422 beschäftigten Personen durchgeführt worden. Beteiligt an diesen Bewegungen waren 1.677.702 Personen, von denen 486.610 im Verband organisiert waren. Außer für Lohnforderungen wurden auch zahlreiche Bewegungen für eine Verkürzung der Arbeitszeit durchgeführt. In 252 Fällen wurde für 257.988 Personen eine wöchentliche Verkürzung der Arbeitszeit von insgesamt 884.756 Stunden erreicht, das sind durchschnittlich für den einzelnen Beteiligten pro Woche 3,42 Stunden. Eine Erhöhung des Verdienstes wurde in 2296 Fällen für 1.228.985 Personen von zusammen M. 6.516.219 die Woche, das ist im Durchschnitt M. 5,77 pro Woche, erzielt. Zuschläge für Überstunden erhielten in 854 Fällen 225.708 Personen, für Nacht- und Sonntagarbeit in 847 Fällen 228.988 Personen, und in 460 Fällen wurden für 418.444 Beteiligte sonstige Verbesserungen erreicht.

Die Reineinnahmen der Hauptkassen und der Lokalkassen betragen im Berichtsjahr über 18 Millionen Mark gegen 9 1/2 Millionen Mark im Jahre 1916. Die Steigerung beträgt demnach über 8 1/2 Millionen Mark. Die Ausgaben des Verbandes sind von etwa 6 1/2 Millionen Mark auf über 7 Millionen Mark gestiegen.

Der Porzellanarbeiterverband kann im Bericht für das Jahr 1917 zum erstenmal seit Ausbruch des Krieges über einen Mitgliederzuwachs berichten. Die Zunahme beträgt 688 Mitglieder, sie ist um so erfreulicher, als im Berichtsjahre weitere 450 Mitglieder zum Seere eingezogen, dagegen nur 245 entlassen wurden. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des Berichtsjahres 5077, und zwar 2405 männliche und 2672 weibliche Mitglieder. Seit Kriegsbeginn wurden nicht weniger als 8217 Mitglieder zum Seere eingezogen. Das finanzielle Ergebnis der Organisation ist im wesentlichen das gleiche geblieben wie im Vorjahre. Die Gesamteinnahme ist mit M. 1.08.055,12 um M. 18.190,22 höher als im Vorjahre. Aber auch die Gesamtausgabe von M. 1.08.584,20 übersteigt die des Vorjahres um M. 21.260,45. Betrag doch allein die Ausgabe an Unterstützung im Berichtsjahre M. 18.770,18 = M. 8,85 pro Kopf; im Vorjahre aber nur M. 8.174,47 = M. 1,07 pro Kopf. Diese Steigerung findet ihre Erklärung in dem Umstande, daß im Vorjahre Krankenunterstützung, Fahr- und Umzugsgelder sowie Wächterinnenunterstützung erst vom 14. August ab gezahlt wurden, mithin nur 4 1/2 Monate in Frage kommen. Das Verbandsvermögen betrug am Schluß des Jahres 1917 M. 281.170,18 oder M. 57,65 pro Kopf und hat nur eine Verminderung von M. 488,20 gegenüber dem Vorjahre erfahren. Die Krankheitsstatistik ergibt, daß von 362 Erkrankungsfällen die Lungenleiden allein 180 Fälle, gleich 49,72 pSt. ausmachten. Die an Rheumatismus Erkrankten ergaben 110 Fälle, gleich 30,63 pSt., die Magenleiden 101 Fälle, gleich 27,89 pSt. Die Ursache der großen Zahl gerade der letzteren Erkrankungen sowie der an Entzündung und Blutarumt wird zum größten Teil auf die heutige ungenügende Ernährung zurückgeführt. Bemerkenswert ist noch, daß der Bericht 82 Fälle, gleich 2,01 pSt., an Unfall und Verletzungen verzeichnet. Diese verhältnismäßig hohe Zahl wird einerseits darauf zurückgeführt, daß zahlreiche Mitglieder in berufsfernen Betrieben Beschäftigung gesucht haben.

Die Arbeitersekretariate im Jahre 1917. Nach der von der Generalkommission aufgenommenen und soeben veröffentlichten Statistik sind auch im vorliegenden Jahre unsere Arbeitersekretariate trotz aller Erschwernisse ihren Aufgaben durchaus gerecht geworden.

Die Zahl der von den freien Gewerkschaften unterhaltenen Arbeitersekretariate beträgt 180, ihr Bestand hat sich nicht verändert. An der Statistik sind jedoch, genau wie im vorigen Jahre, nur 119 Sekretariate beteiligt. Die berichtenden Sekretariate verzeichnen zusammen eine Ausgabe von M. 680.602, sie übersteigt die des Vorjahres um M. 54.287. Von der Ausgabe wurden M. 815.425 aus den Kartellkassen, M. 49.601 aus direkt für die Sekretariate geleisteten Beiträgen und M. 40.257 aus den Kassen der beteiligten Organisationen gedeckt. Die Generalkommission leistete an 56 Sekretariate zusammen M. 95.588 Zuschüsse. 26 Sekretariate erhielten Zuwendungen von Parteiorganisationen im Gesamtbetrage von M. 9092, und aus Staats- und Gemeindegeldern wurden 12 Sekretariate mit Mitteln gewährt, die sich in einzelnen Fällen bis M. 100 bis M. 4000 bewegen und zusammen die Summe von M. 12.800 ausmachen.

Die Tätigkeit der Sekretariate war im Jahre 1917 nicht ganz so umfangreich wie 1916; die Frequenzziffer, die Zahl der Auskünfte und Schriftsätze stehen hinter denen des Vorjahres zurück. Seit Beginn des Krieges hat eine gewaltige Steigerung der Inanspruchnahme der Sekretariate durch weibliche Personen stattgefunden. 1913 waren von allen Auskunftsuchenden 17 pSt., 1917 dagegen 47 pSt. weibliche Personen. Diese Erscheinung ist verursacht durch die stark gestiegene Anteilnahme der Frau an dem Erwerbsleben und dem Kriegsvorbereitungsmassnahmen; wurden doch allein in Unterhaltungsstellen für Familien von Kriegsteilnehmern 59.442 (gegenüber 34.223 im Vorjahre) Auskünfte erteilt.

Auskünfte wurden insgesamt 544.521 erteilt, davon 470.707 mündlich und 42.120 schriftlich. Schriftsätze wurden 166.817 angefertigt. Unter dem Rubrum: „Arbeits- und Dienstvertrag“ wurden, jedenfalls unter Einwirkung des in Kraft getretenen Hilfsdienstgesetzes, 1780 Auskünfte mehr erteilt und 2807 Schriftsätze mehr angefertigt.

Ueber persönliche Vertretungen von Rechtsstreitigkeiten vor Versicherungsämtern, Gerichten und Verwaltungsbehörden liegen von 88 Sekretariaten Angaben vor. Bei diesen Vertretungen macht sich der Mangel an geeigneten Kräften und ihr Wechsel recht fühlbar. Es wurden 4274 Vertretungen ausgeübt, 1918 dagegen 6717. Von den Vertretungen erfolgten 2640 vor Versicherungsämtern, 584 vor Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, 358 vor Amtsgerichten und 598 vor Verwaltungsbehörden und -gerichten. Termine wurden 4271 wahrgenommen. Der Ausgang der vertretenen Rechtsfälle wurde den Sekretariaten nur in 24.218 Fällen bekannt, davon waren 18.271 erfolgreich und 5947 erfolglos. Da diese Angaben sehr unvollständig sind, lassen sich sichere Schlussfolgerungen aus diesen Angaben nicht ziehen.

Von den Rechtsauskunftsstellen der Gewerkschaftskartelle haben 122 berichtet und davon nur 111 vollständig. Diese Stellen erteilten 1917 insgesamt 42.088 Auskünfte. Die Rechtsauskunftsstellen sind unter dem Einfluß des Krieges stark zurückgegangen, was daraus zu ersehen ist, daß die Zahl der berichtenden Stellen 1917 um 110 geringer ist, als sie 1916 war.

Freudlich ist, daß sich bisher der Bestand der Arbeitersekretariate der freien Gewerkschaften auf der gleichen Zahl erhielt und seine segensreiche Tätigkeit zum Wohle der Arbeiterklasse trotz allen Kriegsnöten auszuüben vermochte. Es steht zu erwarten, daß sie auch während der Fortdauer des Krieges auf gleicher Höhe bleiben werden, um dem schwergeprüften werktätigen Volke weiterhin als treue Berater zur Seite stehen zu können.

Gewerbe- und soziale Hygiene.

Warnung vor der Verwendung von Chantall in der Küche. Mit Rücksicht auf die Tatsache, daß zur Reinigung von Geschirren vielfach Chantall Verwendung findet, wird darauf hingewiesen, daß das Chantall zu den gefährlichsten Giften gehört, die bekannt sind. Bei der Verwendung dieses Stoffes zum Reinigen von Silbergeschirren sind sowohl das Publikum, welchem in solchen Geschirren Speisen oder Getränke vorgesetzt werden, als auch die mit der Reinigung der Gegenstände betrauten Angehörigen der Haushaltungen in hohem Maße ausgesetzt; besonders bei größeren Gasthausbetrieben, in welchen die Reinigung der Geräte in großem Maßstabe vorgenommen wird, muß damit gerechnet werden, daß eine vollständige unschädliche Beseitigung des zur Reinigung angewandten Chantalls nicht erfolgt. Als Gift kommt dabei auch nicht nur das Chantall selbst in Frage, sondern es entsteht aus dem Chantall beim Zusammenstoßen mit der Essigsäure des Essigs und anderer starken Säuren, welche vielfach zum Waschen von Metallgegenständen verwendet werden, namentlich sogar schon beim Zusammenstoßen mit sauren Speiseresten, die als äußerst gefährliches Gift bekannte flüchtige Blausäure. Vor der Verwendung von Chantall zur Reinigung von Metallgegenständen wird daher dringend gewarnt.

Sozialpolitisches.

Die Börse. Mit der Veränderung der militärischen und politischen Lage, die mit der Lösung Bulgariens von den Mittelmächten offenbar wurde, geriet sofort das hohe Kursgebäude auf dem Aktienmarkt in wildes Schwanken. Der Ausbruch der Börsenkrisis darf dabei keineswegs als eine Ueberraschung hingestellt werden; denn nach den wüsten Kurssteigerungen, die schließlich in allen Werten erfolgt waren, mußte jede irgendwie geartete Enttäuschung den Umschlag herbeiführen. So stark die Ausfahrungen vorher nach „oben“ waren, so schockhaft äußerte sich jetzt die Reaktion der Abwärts der Kurse. Zwanzig- und dreißigprozentige Abschläge in wenigen Minuten kennzeichnen den Grad des Entwertungsprozesses, der in ein paar Tagen in zahlreichen Fällen die Kurssteigerungen von vier Kriegsjahren wettmachte. Aber was sich an der Börse abspielte, war doch nur die Erfüllung der Notwendigkeit, wobei allerdings das Tempo der Rückentwicklung durch die politische Wendung bestimmt wurde. Darüber kann kein Zweifel bestehen, daß selbst bei Friedensverhandlungen in einem weit besseren Zeichen und unter weit günstigeren Umständen für unsere Zukunft der Börsensturz unvermeidlich gewesen wäre. Um das zu verstehen, müssen wir uns nur harrn, daß die Behauptung der Döckhürle aller möglichen Industrie-Aktien das Anhalten der höchsten Kriegsgewinne zur Voraussetzung hatte, daß also die unter allen Umständen unvermeidliche Minderung der Rentabilität einen an sich erheblichen Kursrückgang bedingt hätte. Nun, da alles plötzlich kam, vollzog sich in einer kurzen Spanne Zeit der Prozeß, der sich sonst auf Wochen und Monate hindurch erstreckt hätte.

Als politisches Barometer hat die Börse sich aber auch in dieser schwer kritischen Zeit keineswegs bewährt. In früheren Perioden hat sie diese Eigenschaft gleichfalls nicht besessen. Selten oder nie hat sie rechtzeitig politische Ereignisse oder Zusammenhänge richtig gewertet. Als die Börse diesmal unruhig wurde, geschah das zu einem Zeitpunkt, in dem auch Kreise außerhalb der Börse einen Wendepunkt gekommen sahen; Kreise, die keine weiteren Informationsquellen als die in allen Zeitungen veröffentlichten Nachrichten besaßen. Solange das Publikum glaubte, daß bei dem guten Stand der militärischen Operationen eine für Deutschland unguünstige Gestaltung der Dinge ausgeschlossen sei, zog es mit Käufen zur Börse, trug durch diese Aufträge zur weiteren Steigerung der Kurse bei und lockte immer weitere Schichten zur Beteiligung an. Alle Mahnungen und Warnungen gegen Uebertreibungen auf dem Aktienmarkt verhallten, und ebenso blieben alle kleinen Mittel, die Spekulation einzudämmen, erfolglos. Sicherlich ist durch das Verbot des Fernhandels die Gefahr übermäßiger Spekulation nicht

Verschiedenes.

Kriegskosten. Eine Berechnung der von sämtlichen kriegsführenden Mächten in den vier Kriegsjahren, also vom 1. August 1914 bis 1. August 1918, für Kriegszwecke ausgegebenen Geldsummen hat Prof. Landau im „Hamburger Korrespondent“ zusammengestellt. Danach stieg die Gesamtsumme auf 684 670 Millionen Mark, und zwar ergab sich, daß mit dem Fortgang des Krieges der jährliche Geldverbrauch ständig gestiegen ist.

Von dieser Gesamtsumme entfallen 166 185 Millionen Mark auf den Vierbund, also Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Türkei und Bulgarien. Rechnet man die Landeswährung dieser Staaten nach den vor dem Kriege geltenden durchschnittlichen Verhältnissen in deutsche Reichswährung um, dann ergeben sich folgende Anteile an den Gesamtkriegskosten:

	Millionen	Anteil an der Gesamtausgabe
Deutschland	115 211	16,85 pSt.
Oesterreich-Ungarn ..	49 424	7,22 "
Türkei	600	0,09 "
Bulgarien	600	0,14 "
Zentralmächte	166 185	24,31 "

Welt beträchtlicher sind die Ausgaben der Entente. Sie belaufen sich auf mehr als das Dreifache der Kriegskosten des Vierbundes, nämlich auf 517 544 Millionen Mark. Davon sind beteiligt:

	Millionen	Anteil an der Gesamtausgabe
Rußland	172 868	25,30 pSt.
England	158 404	22,44 "
Frankreich	84 759	12,40 "
Vereinigte Staaten ..	69 860	9,14 "
Italien	35 800	5,28 "
Portugal	844	0,12 "
Rumänien	640	1,10 "
Serbien	185,8	— "
Belgien	160	— "
Japan	21	0,06 "
Montenegro	2,4	— "
Vielverband	517 544	75,69 "

Im Durchschnitt der vier Kriegsjahre betragen die Gesamtkosten:

	Millionen	Zwischenmächte	Zwischenmächte
Pro Tag	468 204 795	117 051 000	851 153 795
„ Stunde	19 508 538	4 877 070	14 631 468
„ Minute	325 159	81 253	243 906
„ Sekunde	5 420	1 355	4 065

Fachliteratur.

Deutsche Malerzeitung „Die Mappe“. Von dieser bekannten, empfehlenswerten Fachzeitschrift ist neben das Oktoberheft erschienen. Es enthält: Tafel 25: Malerei der Bauern in den Niederlanden, entworfen von Heinrich Wibel in München; Tafel 26: Hofkellereiarbeit und Wand, entworfen von Ludwig Reisinger in München; Tafel 27: Friesse, entworfen von Arno Hänsel, im Felde, und Tafel 28: Gedenktafel für auf dem Felde der Ehre gefallene Krieger, entworfen von Arno Hänsel, im Felde. Die deutsche Malerzeitung „Die Mappe“ erscheint unter den gleichen Bedingungen wie in der Friedenszeit. Mächten auch unsere vorwärtsstrebenden Kollegen es nicht verkümmern, da eine Weiterbildung ohne eine vorzüglich geleitete Fachzeitschrift nicht möglich ist, diese zu abonnieren. Der Preis für den Jahrgang, 12 Monatshefte und 52 Wochennummern, beträgt M 12 oder M 3 vierteljährlich. Jede Postanstalt nimmt die Bestellung an oder der Verlag von Georg D. W. Callweh in München.

Literarisches.

„Die Glocke.“ Sozialistische Wochenchrift. Herausgeber: Paroniz. Soeben ist Nr. 28 erschienen mit folgendem Inhalt: Götterdämmerung von Dr. P. Lenz, M. b. R. Die Gewerkschaften im neuen Deutschland von Wilh. Janßen. Die Krise des Staates und die Weltrevolution von Habubert. Vom Klassenkampf im Kriege von Ålgard. Englands handelspolitische Rüstung von L. Cohen-München. Glossen. Preis: des Einzelheftes 50 H. Porto 5 H. Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H., Berlin SW 68.

Deutscher Textilarbeiterverband. Zweite Konferenz der deutschen Tucharbeiter, abgehalten in Leipzig am 19. und 20. August 1918. Verlag von Karl Hübsch, Berlin O 27, Andreasstr. 61.

Sterbetafel.

Berlin. Am 24. September starb der Kollege Carl Rosch, geb. 12. Mai 1843 in Schwaan.
Darmstadt. Am 28. September starb der Kollege Georg Nau in der Zahlstelle Pfungstadt im Alter von 89 Jahren. Ehre ihrem Andenken!

Vereinstell.

Bericht der Hauptklasse vom 7. bis 12. Oktober.
Eingekandt haben: Schweinfurt M. 30,80, Frankfurt an der Oder 120, Necklinghausen 5, Schwwege 99,70.

Die Woche vom 20. bis 26. Oktober ist die 43. Beitragswoche.
H. Wenker, Kassierer.

Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer 40 des „Correspondenzblattes“ bei.

berahgentindert worden; man kann eher sagen, daß die Ausdehnung des Terminhandels gerade in kritischer Situation die Folgen des Rückschlages verschärft hat. In Zeiten guter Konjunktur vermögen schon geringe Kaufaufträge auf dem Markt beträchtliche Kursveränderungen herbeizuführen; bei ungünstiger Geschäftslage treten ebenso bereits bei geringem Verkaufsangebot schwere Kursrückgänge ein. Mit Recht wird von Fachkreisen, die sich freilich von allen spekulativen Interessen sind, empfohlen, die Frage zu erörtern, ob es nicht zweckmäßig wäre, den Terminhandel wieder zuzulassen. Es hat schon früher nicht an Stimmen gefehlt, die für diejenigen Werte, in denen große Verluste umgekehrt werden, die Zulassung des Terminhandels empfahlen. Sie taten das aus der Überzeugung, daß durch den Terminhandel Kursveränderungen in jedem Fall abgeschwächt werden würden, weil bei einem Vorhandensein der Baifspesulation Deckungskäufe dazu beitragen würden, dem Kurstrend einen Halt zu geben. Natürlich kann von einem Absinken der Kurse noch nicht gesprochen werden; Einkaufskäufe der Großbanken haben einen Anstoß zur Verhütung geschaffen. Deshalb bleibt die Frage des Terminhandels von aktueller Bedeutung, um so mehr, als die Entwicklung der Börse nicht nur die Spekulation angeht, sondern die gesamte Volkswirtschaft. Die gewaltige Industrialisierung, die sich in Deutschland so überaus schnell durchzieht, stütze sich zu einem nicht geringen Teil auf die Möglichkeit, enorme Kapitalien zu erlangen, und diese Kapitalien wären ohne die Börsenspekulation kaum in diesem gewaltigen Umfang flüssig zu machen gewesen. Was das Publikum zur Börse zieht, ist in den meisten Fällen nur einmal die Aussicht, ein sicheres Anlagepapier zu erwerben, sondern die Aussicht auf Kursgewinn. Wie man dieses Verlangen auch einschätzen mag, man wird damit als Tatsache zu rechnen haben; ganz besonders, wenn man zur Aufgabe des wirtschaftlichen Wiederaufbaues schreitet.

In einem scheinbaren Gegensatz zu dem Bild, das die Börse bietet, steht das Steigen der deutschen Valuta an den neutralen Plätzen. Da der niedrige Stand der Mark zum Teil auf Baifspesulationen zurückzuführen ist, die Spekulation aber jetzt zu Deckungskäufen schreitet, konnte die deutsche Valuta einen außerordentlichen Gewinn verzeichnen. Die neutralen Devisen an den deutschen Börsen blieben dagegen unverändert. Ueber die Kursbewegung der Mark gibt die nachstehende Zusammenstellung eine Uebersicht.

Notierung in	Friedenskurs	Kriegskurs	Höchstkurs	27. Sept.	6. Okt.
Kopenhagen	88,89	28,80	66,—	50,50	52,26
Stockholm	88,89	32,75	62,—	45,25	47,—
Amsterdam	59,25	30,60	46,65	31,25	33,45
Zürich	123,45	60,50	89,80	65,10	69,—

Nach dem 5. Oktober trat noch eine weitere Steigerung der deutschen Valuta an den neutralen Börsen ein. An der steigenden Bewertung der deutschen Valuta in den neutralen Ländern ist ein Beweis für das Vertrauen in die Lebenskraft des deutschen Wirtschaftslebens zu erblicken. Julius Kallisti.

Genossenschaftliches.

Die Leistungsfähigkeit eines konsumgenossenschaftlichen Produktionsbetriebes. Während des Krieges hat sich an verschiedenen Orten gezeigt, daß die Konsumvereine nicht nur im Gebiete der Warenverteilung, sondern auch in dem der Gütererzeugung viel leistungsfähiger sind als die privaten Unternehmungen, obwohl sie erst vor wenigen Jahren zur Eigenproduktion übergegangen sind. Neuerdings wird wieder aus Weizwasser von der Ueberlegenheit eines genossenschaftlichen Bäckereibetriebes berichtet. Es hatten sich in dem bisherigen System der Brotversorgung allerlei Nachteile ergeben, nämlich ganz bedeutende Preisbeträge an Mehl, die durch „Einbäden“ bei den Bäckern enthalten sein sollten. Es blieb der Gemeinde deswegen keine andere Wahl, als die Bäckerei in eigene Leitung zu nehmen und eine Zentralbäckerei einzurichten. Selbstverständlich konnte hierfür nur die größte und bestgerüstete Bäckerei in Frage kommen. Keine andere als lediglich diese Gründe haben die Wahl auf die Bäckerei des Konsumvereins fallen lassen, die von der Gemeinde auf Grund der ihr gesetzlich erteilten Vollmacht künftig für ihre Zwecke mit sämtlichen Einrichtungen in Anspruch genommen wird. In dieser Bäckerei kann jeder angelegene Meister, Geselle und Lehrling, der will, gegen Entgelt beschäftigt werden. Unternehmer ist die Gemeinde, nicht der Konsumverein. Die Gemeinde bleibt die Eigentümerin des zugewiesenen Mehlens und der gebackenen Brote. Von der Gemeinde müssen sämtliche Bäckereien, einschließlich des Konsumvereins, das fertige gebackene Brot kaufen und können es mit einem angemessenen Gewinn, der dem bisherigen durchschnittlichen Gewinn entspricht, verkaufen. Zur Regelung der Verteilung werden Stundenslisten ausgearbeitet werden, in die sich jeder nach seinem Wunsch und nach seinem Willen eintragen lassen kann. Das Brot wird den Bäckern auf Wunsch von dem Gemeindeführer unentgeltlich vor das Haus gefahren, und zwar so rechtzeitig, daß die Versorgung regelmäßig und der Brotkauf bereits auch am Montag früh möglich sein wird. Für alle, die ihr Brot selbst herstellen wollen, ist der Erwerb von Roggenmehl im Gemeindefladen möglich. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß mit der Einführung dieses Systems der Brotversorgung die bisher regelmäßig wiederkehrenden Preisbeträge an Mehl vermindert und Störungen künftig nicht mehr eintreten werden. Es kann, wenn Weizenmehl nicht mehr zu kaufen verstanden werden darf, auch daran gedacht werden, für Kranke, Wöchnerinnen und Kinder Weizengebäck herzustellen.

Es ist dies nicht der einzige Fall, daß Gemeinden und staatliche Behörden, militärische wie zivile, die Hilfe der Konsumvereine in Anspruch nehmen mußten, von denen sie früher nichts wissen wollten. Nach dem Kriege wird sich eine lehrreiche Statistik aufstellen lassen über die gegenwärtige Mitwirkung von Konsumvereinen bei der staatlichen und gemeindlichen Lebensmittelversorgung.



Gedenktafel

für unsere im Kriege gefallenen Kollegen.

- Albrecht, Oswald, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 8. 10. 82 zu Vellen, seit 30. 4. 04 im Verband.
- Beck, Karl, Mitglied der Filiale Silberheim, geb. 21. 11. 90 zu Offenbach, seit 5. 4. 10 im Verband.
- Buh, Otto, Mitglied der Filiale Oldenburg, geb. 6. 6. 86 zu Weener, seit 30. 4. 11 im Verband.
- Cornelissen, Rudolf, Mitglied der Filiale Bremerhaven, geb. 26. 6. 86 zu Oriselsburg, seit 21. 7. 12 im Verband.
- Domnowski, Gustav, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 21. 1. 80 zu Braunsberg, seit 22. 4. 11 im Verband.
- Denker, Erwin, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 25. 1. 91 zu Berlin, seit 8. 6. 15 im Verband.
- Eugoldt, Richard, Mitglied der Filiale Ebn, geb. 15. 9. 84 zu Landsberg a. d. W., seit 6. 8. 11 im Verband.
- Fleischer, Otto, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 30. 4. 91 zu Berlin, seit 7. 12. 08 im Verband.
- Gieseler, Ludwig, Mitglied der Filiale Bremerhaven, geb. 18. 7. 84 zu Lehe, seit 29. 8. 08 im Verband.
- Göhler, Artur, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 23. 10. 92 zu Strenstein, seit 30. 10. 10 im Verband.
- Heine, Edmund, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 28. 6. 76 zu Dresden, seit 23. 10. 08 im Verband.
- Hensch, Gustav, Mitglied der Filiale Stettin, geb. 2. 1. 92 zu Stettin, seit 17. 4. 10 im Verband.
- Hoffmann, Josef, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 28. 8. 76 zu Wulstorf, seit 10. 8. 12 im Verband.
- Hoyer, Hermann, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 20. 12. 82 zu Salzwedel, seit 4. 2. 12 im Verband.
- Jahnig, Kurt, Mitglied der Filiale Chemnitz, geb. 6. 5. 93 zu Wittweida, seit 23. 10. 15 im Verband.
- Josting, Julius, Mitglied der Filiale Herford, geb. 26. 12. 86 zu Westeringer, seit 17. 9. 05 im Verband.
- Josting, Gustav, Mitglied der Filiale Herford, geb. 21. 1. 89 zu Westeringer, seit 22. 2. 09 im Verband.
- Kämpfner, Karl, Mitglied der Filiale Braunschweig, geb. 28. 2. 88 zu Borge, seit 28. 7. 01 im Verband.
- Kreiser, Alfred, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 24. 9. 98 zu Dresden, seit 18. 4. 14 im Verband.
- Krüger, Georg, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 27. 4. 88 zu Berlin, seit 8. 10. 12 im Verband.
- Korsh, Emil, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 21. 1. 91 zu Ebn, seit 19. 7. 18 im Verband.
- Kühne, Paul, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 11. 2. 84 zu Alt-Dösch, seit 18. 4. 08 im Verband.
- Laake, Hermann, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 22. 4. 87 zu Berlin, seit 9. 8. 12 im Verband.
- Lohmann, Heinrich, Mitglied der Filiale Oldenburg, geb. 27. 11. 86 zu Berne, seit 26. 10. 17 im Verband.
- Lüder, Oswald, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 18. 10. 89 zu Schwarzenbach, seit 1. 9. 08 im Verband.
- Mews, Adolf, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 14. 1. 76 zu Berlin, seit 10. 6. 04 im Verband.
- Minkwitz, Otto, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 19. 8. 76 zur Kerkin, seit 23. 10. 08 im Verband.
- Müller, Friedrich, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 11. 1. 80 zu Gadebusch, seit 12. 8. 99 im Verband.
- Oehme, Emil, Mitglied der Filiale Chemnitz, geb. 24. 4. 90 zu Chemnitz, seit 6. 4. 08 im Verband.
- Schold, Alfred, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 30. 12. 89 zu Elberfeld, seit 20. 8. 10 im Verband.
- Rathmann, Friedrich, Mitglied der Filiale Düsseldorf, geb. 9. 11. 88 zu Kopsau a. d. Elbe, seit 24. 4. 08 im Verband.
- Rimb, Karl, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 11. 11. 92 zu Schöneberg, seit 16. 8. 14 im Verband.
- Rig, Hans, Mitglied der Filiale Neumünster, geb. 2. 9. 96 zu Neumünster, seit 3. 4. 15 im Verband.
- Roscher, Max, Mitglied der Filiale Chemnitz, geb. 20. 8. 85 zu Wittweida, seit 23. 4. 08 im Verband.
- Rückert, Michael, Mitglied der Filiale Stettin, geb. 26. 10. 87 zu Stettin, seit 23. 9. 11 im Verband.
- Saggen, Hermann, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 5. 5. 88 zu Bockhorn, seit 30. 8. 07 im Verband.
- Schnefeld, Hermann, Mitglied der Filiale Ebn, geb. 14. 2. 88 zu Ebn, seit 8. 10. 11 im Verband.
- Schult, Friedrich, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 12. 11. 82 zu Wismar, seit 5. 4. 02 im Verband.
- Schünemann, L., Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 25. 2. 86 zu Fehoc, seit 3. 8. 05 im Verband.
- Tauber, Fritz, Mitglied der Filiale München, geb. 8. 4. 82 zu Wassertrüdingen, seit 21. 9. 17 im Verband.
- Tennler, Paul, Mitglied der Filiale Chemnitz, geb. 5. 3. 87 zu Chemnitz, seit 3. 12. 05 im Verband.
- Ucker, Willi, Mitglied der Filiale Stettin, geb. 28. 1. 83 zu Stettin, seit 28. 3. 08 im Verband.
- Wozniak, Joh., Mitglied der Filiale Stettin, geb. 28. 9. 96 zu Stettin, seit 4. 12. 14 im Verband.
- Wendland, Gustav, Mitglied der Filiale Danzig, geb. 1. 11. 82 zu Bromberg, seit 5. 8. 11 im Verband.

Ehre ihrem Andenken!